

KURZ UND PRÄGNANT

Kulturgutschutzgesetz guter erster Schritt

„Die Zustimmung Thüringens zum Kulturgutschutzgesetz war vor allem vor dem Hintergrund des Verlustes der 39 Goethe-Zeichnungen, dem sogenannten Hirschhügel-Konvolut, richtig und wichtig. Das Gesetz wird zudem zu einem wirksamen Vorgehen gegen den illegalen Handel mit Kulturgütern beitragen“, ist die kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Katja Mitteldorf, überzeugt. „Es ist allerdings nur als erster Schritt zu werten. Weiterer Diskussionsbedarf besteht in Bezug auf die Sorgfaltspflichten bei der Einfuhr von Kulturgütern und auch bei den Transparenzregeln. In beiden Fällen sollte die Gesetzgebung noch deutlich verschärft werden. Außerdem müssen wir als Gesellschaft eine breite Debatte führen, was wir überhaupt als national wertvolles Kulturgut betrachten und wie dieses angemessen erhalten und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann. Letztlich braucht es auch eine stärkere finanzielle Unterstützung des Bundes. Das Kulturgutschutzgesetz stellt eine Willensbekundung und eine positive Positionierung zu unserem kulturellen Erbe dar. Diese muss nun mit Leben gefüllt werden.“ ■

Positiver Entscheid für Bereitschaftsdienste

Nach dem jüngsten Urteil des Bundesarbeitsgerichts haben Arbeitnehmer, wie z.B. Rettungssassistenten, auch bei Bereitschaftsdiensten Anspruch auf den Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Das Mindestlohngesetz differenziert nicht zwischen regulärer Arbeitszeit und Bereitschaftsstunden, sondern sehe eine einheitliche Lohnuntergrenze vor, hieß es zur Begründung des Urteils. Ina Leukefeld, Arbeitsmarktpolitikerin der Linksfraktion, erklärt dazu:

„Das Urteil gibt Berufen mit vielen Bereitschaftszeiten die Sicherheit, eine Mindestvergütung zu erhalten. Das ist zu begrüßen, zumal Bereitschaftsdienste im Arbeitsalltag von einer Minute auf die andere zu regulärer Arbeitszeit werden können. Ein Wermutstropfen ist, dass ein Mindestlohnsockel von 8,50 Euro und ab 1. Januar 8,84 Euro nicht den Entlohnungsprinzipien Guter Arbeit und fairer Bezahlung entspricht. Selbst davon sind noch viele Beschäftigte und Arbeitsbereiche durch Ausnahmeregelungen ausgenommen. Das Urteil ist eine gute Entscheidung für alle, die in wichtigen Bereichen, wie bei Rettungsdiensten, in Krankenhäusern und in der Öffentlichkeit Daseinsvorsorge, tätig sind. Es bleibt aber dabei, der Mindestlohn muss schrittweise erhöht werden.“ ■

Die Regiopole, kleine Schwester der Metropole

Ronald Hande: Das Rostocker Konzept scheint gut auf Thüringen übertragbar

Im Juni hatte der Landtagsabgeordnete Ronald Hande die Hansestadt Rostock besucht und war dort mit Vertretern und Partnern der Regiopoleregion Rostock zusammengekommen.

Rostock hat sich zusammen mit dem Landkreis als erste Region in Deutschland unter dem Dach der Regiopoleregion zusammengeschlossen und damit eine Art „Metropolregion light“ ins Leben gerufen. Dieses Vorhaben ließ sich der Abgeordnete, Sprecher der Thüringer Linksfraktion für Landesentwicklung und Landesplanung, in der Geschäftsstelle des Modellprojekts von Kathleen Bartels sowie von Sarah Wiechmann und Katja Klein vom Regionalen Planungsverband, Claudia Temps von der Industrie- und Handelskammer zu Rostock und dem stellvertretenden Bürgermeister von Ribnitz-Damgarten, Heiko Körner, vorstellen.

Vorteile der interkommunalen Zusammenarbeit für die Region als Ganzes herausstellen

Das Konzept der Regiopoleregion will die bereits existierenden Stadt-Umland-Beziehungen, unabhängig von administrativen Grenzen, aufnehmen und ausbauen und damit die Lebenswirklichkeit ihrer Bewohner widerspiegeln. Ziel ist es, die Innenkonkurrenz zwischen den Kommunen herauszunehmen und die Vorteile einer interkommunalen Zusammenarbeit für die Region als Ganzes herauszustellen.

Grundvoraussetzung sei aber, so Heiko Körner, dass sich die kommunalen Vertreter den Dingen, die um sie herum passieren, öffnen. Die Geschäftsstelle der Regiopoleregion bietet

hierzu als Schnittstelle für die verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteure einen neutralen Boden. Sie macht dabei Schubladen auf und stößt Dinge an. Am besten habe dies am Anfang, so Claudia Bartels, über den Kulturbereich funktioniert.

So richteten die Partnerstädte der Region dieses Jahr zum dritten Mal ein gemeinsames Kunst- und Kulturfestival

kettingkonzeption für die gesamte Region ergeben, die dann ebenfalls von allen Beteiligten gemeinsam finanziell getragen wird.

Das Konzept der Regiopoleregion scheint auch gut auf Thüringen übertragbar zu sein, da es womöglich die Lebenswirklichkeit der Menschen besser abbilden vermag als eine Metropolregion Mitteldeutschland. So hat sich die Stadt Erfurt bereits im März



aus. Auch ein Tag der Regionen, auf dem regionale Produkte vorgestellt werden, wird gemeinsam organisiert. Auf wirtschaftlichem Gebiet läuft derzeit eine Befragung der örtlichen Unternehmen, aus der eine Standortanalyse und ein Gewerbemonitor erstellt werden sollen.

Im Grunde geht es der Initiative um die Bündelung von Kräften und Aufgaben. Perspektivisch könnten sich daraus eine gemeinsame Gewerbeflächenvermarktung, eine abgestimmte Entwicklung des Regionalplans und eine gemeinsame Tourismus- und Mar-

dieses Jahres dem deutschen Regiopole-Netzwerk angeschlossen. Auch im Harz gibt es Bestrebungen, eine Regiopoleregion mit mehreren Städten, unter anderem mit Nordhausen, zu entwickeln. Ähnliches ist auch in Südhessen um Suhl herum denkbar. In jedem Fall lässt sich viel vom Rostocker Modellprojekt lernen. Ronald Hande konnte zahlreiche Erfahrungen aus den Gesprächen mitnehmen und wird versuchen, das Thema Regiopoleregion in Thüringen bekannter zu machen.

Falko Neubert ■

Strafrechtsverschärfung stärkt sexuelle Selbstbestimmung

„Alle nicht einvernehmlichen sexuellen Handlungen, die gegen den erkennbaren Willen einer der beteiligten Personen geschehen, müssen unter Strafe stehen“, erklärte Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf die am 7. Juli vom Bundestag beschlossene Strafrechtsverschärfung, die dieser Forderung „sehr nahe kommt“.

„Vor allem Frauen brauchen zu ihrem Schutz und zur Wahrung ihres Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung diesen konsequenten Paradigmenwechsel im Strafrecht, aber nicht nur in diesem Bereich. Sexualisierte Gewalt ist ein schwerwiegendes gesellschaftliches Problem und Frauen sind davon am meisten betroffen und am wenigsten dagegen geschützt“, so die Abgeordnete weiter.

Bisher sagten Frauen „Nein“ oder machten ihre Ablehnung durch ihr Verhalten deutlich, aber die Täter übergin-

gen dieses „Nein“. Solche sexuellen Übergriffe blieben vor allem deshalb straflos, weil die von den Übergriffen Betroffenen, vor allem Frauen, im Strafverfahren faktisch ihre Ablehnung und Weigerung beweisen mussten. Das war in sehr vielen Fällen für die Betroffenen nicht möglich. Damit war für die Be- und Verurteilung der Tat die Sicht des Täters, nicht der geschädigten Person, entscheidend.

„Die Strafrechtsverschärfung führt hier zu einer Umkehrung. Nun ist die Selbstbestimmung der betroffenen Person der Ausgangspunkt und dem als Täter Angeklagten muss zu seiner Entlastung die Einvernehmlichkeit nachgewiesen werden. Das ist in Sachen Schutz von Frauen gegen sexuelle Übergriffe ein großer Fortschritt im Strafrecht, gerade wenn es um Taten geht, bei denen Betroffene von den Tätern überrumpelt werden und aus verschiedensten Gründen keine Gegenwehr leisten können“, sagte Karola

Stange und betonte weiter: „Dass sich die Forderung des Modells ‚Nein heißt Nein‘ nun durchgesetzt hat, ist den Frauenorganisationen zu danken, die sich seit Jahren für die Stärkung des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung eingesetzt haben.“

Diese notwendige und richtige Änderung des Strafrechts dürfe aber nicht migrationspolitisch missbraucht werden. Nach der jetzigen, nach Ansicht der LINKEN nicht unproblematischen Ausgestaltung des Kriterienkatalogs für die Entziehung des Aufenthaltsrechts bzw. die Ausweisung und Abschiebung sei es zwar folgerichtig, hier auch diese Strafrechtsverschärfung aufzunehmen. Jedoch müsse in der Praxis die Vorschrift umso korrekter und verantwortungsvoller angewendet werden, um Fälle von unrechtmäßiger Ausweisung möglichst zu verhindern, so die LINKE-Politikerin abschließend.